

275 UNTERSCHRIFTEN

UND KEIN WIMPERNZUCKEN ODER UMDENKEN IM GEMEINDERAT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ortsbevölkerung von Neuhaus am Klausenbach!

In den letzten acht Jahren hat sich unsere Gemeinde bezüglich der **Infrastruktur** und vielen **weiteren Bereichen gut entwickelt**. Die Arbeit im Gemeinderat war von Respekt, konstruktiven Diskussionen und gemeinsamen Beschlüssen zum Wohle unserer Gemeinde geprägt.

Transparenz und Mitsprache der Bevölkerung sind uns wichtig – vor allem, bei zentralen Entscheidungen, die all unsere Bürger:innen betreffen.

Der Verkauf des Gemeinde- und Mehrzweckhauses, inklusive neun Wohnungen und einer Arztpraxis, löst unter eine **berechtigte und emotionale Diskussion** aus. Als SPÖ Fraktion sehen wir uns daher verpflichtet, über die **offenen Fragen**, die **Darstellung** der „Causa Gemeindeamt“ und **vor allem die Fakten** in aller Sachlichkeit zu informieren.

Fakt ist:

Der Gemeinderat hat einstimmig den Ankauf der ehem. Raiffeisenfiliale beschlossen.

– In der aktuellen Gemeindezeitung unter Seite drei wurde dazu folgendes geschrieben:

„Der Gemeinderat hat den Verkauf zweier sanierungsbedürftiger Immobilien – mehrheitlich – nur mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderäte – beschlossen.“

– Weiters wurde geschrieben: „Dieser Schritt ist für die Gemeinde langfristig sinnvoll, denn mit dem Verkaufserlös können wir unser historisches Gebäude sanieren und als neues Gemeindeamt adaptieren.“

– Bezüglich „gemeinsamer Entscheidungsfindung“ wird geschrieben, dass...

„...der Grundsatzbeschluss für den Verkauf des Mehrzweck- und Gemeindehauses in der Sitzung vom 9. Dezember 2024 gefasst wurde. Bereits zuvor, am 5. Dezember 2024, wurden die Bürgerinnen und Bürger in einer öffentlichen Bürgerversammlung umfassend informiert.“

Die Gemeindezeitung hat das Thema nur gestreift – ohne bei wichtigen Fragen ins Detail zu gehen:

- Warum wird verkauft?
- Warum gibt es kein Sanierungskonzept?
- Warum bleibt bei den Mieteinnahmen nichts übrig?
- Wie steht die Bevölkerung zu diesem Thema? Immerhin handelt es sich um ein „historisches“ Gebäude.

- Bedauerlich ist auch, dass...

in der Gemeindezeitung bewusst geschrieben wird, dass dieses Jahr kein Antrag betreffend einer Bürger- oder Volksbefragung gestellt wurde.

Dies ist schlichtweg falsch.

Die **SPÖ-Fraktion hat zweimal einen Antrag** bzw. Abänderungsantrag über eine **Volksbefragung** bzgl. des Verbleib des Gemeindeamtes **gestellt**.

1. Antragstellung – 01. September 2025

- Vizebgm. Rudolf Rogatsch stellte einen Abänderungsantrag bzgl. einer Bürgerbefragung.
- Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt – 8 Stimmen der ÖVP-Fraktion zu 7 Stimmen der SPÖ.
- Daraufhin unterbrach die SPÖ-Fraktion bewusst die Sitzung und verlies diese im Anschluss.
- Dadurch war keine Beschlussfähigkeit mehr gegeben – die Sitzung wurde geschlossen.

2. Antragstellung – 10. September 2025

- Antrag für eine Volksbefragung abermals von der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Unterschriftenaktion für die Volksbefragung – mehr als 275 Unterschriften!

- Seitens der SPÖ-Fraktion wurde eine Gemeinderatssitzung einberufen und die „Causa Gemeindeamt“ erneut diskutiert.
- Trotz Unterschriftenaktion wurde der dringende Zuruf der Bevölkerung über eine Volks- oder Bürgerbefragung nicht gehört.
- SPÖ-Ortsparteiorganisierender Gemeinderat Reinhard Jud-Mund und Vizebürgermeister Rudolf Rogatsch sowie die SPÖ-Gemeinderät:innen bedanken sich dennoch für die zahlreiche Beteiligung an dieser Aktion.

Unsere Arbeit im Gemeinderat nehmen wir sehr ernst.

Im Folgenden zeigen wir Ihnen die Hintergründe unser Fragen nochmals auf.

Warum verkaufen wir unsere Gemeindeimmobilien?

- **Fakt ist:** Wir haben in den letzten Jahren die Räumlichkeiten des Gemeindeamtes saniert. Außerdem stehen ein Sitzungssaal, weitere Räumlichkeiten sowie neun Wohnungen und eine Arztpraxis zur Verfügung.

Warum gibt es kein Sanierungskonzept?

- Laut mehreren Medienberichten und Wortmeldungen bleiben bei 55.000 € Mieteinnahmen im Jahr, nur rund 2.000 € übrig.
- **Fakt ist:** Wenn wir unsere Gemeindeimmobilien verkaufen, verlieren wir nicht nur soziale Wohnungen, sondern jährlich über 55.000 € an Mieteinnahmen, welche zukünftig jährlich in unserem Budget fehlen werden.

- Wir gewährleisten die volle Transparenz zu den Mieteinnahmen: Nach Gesprächen und Einsicht in den Rechnungsabschluss 2024 bleiben wesentlich mehr als nur 2.000 € jährlich übrig – bis zu 20.000 €!

Warum verkauft man an eine GmbH, die in Gründung ist...

- ...ohne den Kaufvertrag von einem unabhängigen Rechtsanwalt prüfen zu lassen?
- ...ohne einer Bankgarantie?
- ...ohne eine Absicherung der Mieterinnen und Mieter?
- ...ohne, dass der Kaufpreis erst nach Auszug aus dem Gemeindeamt – sprich nach Fertigstellung des neuen Gemeindeamtes – fließen wird?
- **Fakt ist:** In der Gemeinderatssitzung vom 10. September wurde mitgeteilt, dass das Notariat Wölfer in Jennersdorf den Vertrag überprüft hat und somit auch die Rechtsberatung der Gemeinde zu diesem Thema war.
- Außerdem wurde ein Beispiel genannt, dass der Käufer über 20 Jahre lang minus machen und negative Zahlen schreiben könnte. Denken Sie wirklich, dass die Immobilien GmbH keine Gewinne machen möchte?

Unsere Haltung ist klar:

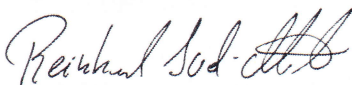
Der geplante Verkauf führt zu Unwirtschaftlichkeit und belastet die Gemeindefinanzen.

Durch den Verkauf wird auf ein Sanierungskonzept und jährliche Mieteinnahmen von 55.000 € verzichtet, was uns nachdenklich stimmt. Fraglich bleibt auch, von „desolaten Wohnungen“ zu sprechen, während eine noch desolatere Immobilie ohne Kostenschätzung saniert werden soll.

Für die SPÖ-Fraktion entsteht kein Mehrwert aus Umsiedelung und Verkauf. Wir stehen für transparente, vorausschauende Arbeit und laden zur nächsten Gemeinderatssitzung ein, in der das Budget 2026 vorgestellt wird.

Wir sind und bleiben weiterhin Ihre verlässliche Stimme im Gemeinderat.

Das Team der SPÖ Neuhaus mit den Gemeinderäten wünscht euch und euren Familien eine ereignisreiche Adventzeit, eine besinnliche Weihnachtszeit und besonders alles Gute und viel Gesundheit für das neue Jahr 2026!



Reinhard Jud-Mund
Gemeinderat, Ortsparteivorsitzender



Rudolf Rogatsch
Vizebürgermeister

Liebe Burgenländerinnen und Burgenländer!

Der Jahreswechsel ist eine Zeit der Entschleunigung. Eine Zeit, um sich bewusst zu machen, **was wirklich zählt**. Ich habe darüber nachgedacht, was unser Burgenland seit jeher stark macht: Wir waren immer ein kleines Land. Ein Grenzland. Ein Land, das seine Existenz und seine Gemeinschaft verteidigen musste. Dabei haben wir gelernt, uns auf uns selbst zu verlassen und zusammenzuhalten. Das ist es, was uns heute noch ausmacht: **Teilen. Füreinander eintreten. Unsere Werte leben und verteidigen**. So haben wir auch die Herausforderungen der letzten Jahre gemeistert: Corona. Hochwasser. Inflation. Krieg in Europa. Energiepreise. Krisen, die wir nicht verschuldet haben, denen wir aber entschlossen begegnet sind. **Wir haben Verantwortung übernommen, gehandelt und Verlässlichkeit bewiesen – im Sinne der Bevölkerung**.

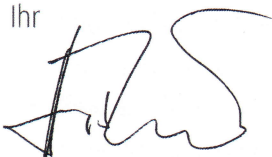
Wir haben investiert – in Infrastruktur und öffentlichen Verkehr, in Pflege, Gesundheit und Arbeit, in Bildung und leistbares Wohnen. In ein Land, das nachhaltig, sicher und stark ist. In die Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer. Das Burgenland steht gut da. Dennoch wird in letzter Zeit der Ton in der burgenländischen Politik lauter, schriller und destruktiver. Das Trennende scheint wichtiger zu werden als das Gemeinsame. Aber: Das ständige Schlechtrede – das ist nicht burgenländisch. **Burgenländisch ist es, zusammenzuhalten. Burgenländisch ist es, anzupacken. Burgenländisch ist es, Verantwortung zu übernehmen**.

Wir verlassen uns nicht darauf, dass andere für sichere Grenzen sorgen, unsere Pflege sichern oder das Wohnen leistbar halten. **Wir nehmen unser Schicksal selbst in die Hand**. Denn das Burgenland kann sich auf eines wirklich verlassen: auf sich selbst. Ich höre die Kritik, das Burgenland investiere zu viel, sei zu hoch verschuldet, verstaatliche alles. Glaubt mir: Ich weiß sehr genau, was ich als Landeshauptmann diesem Land schulde. Ich werde immer darauf achten, dass wir finanziell selbstständig, handlungsfähig und stark bleiben. Und ich werde mich weiterhin mit aller Kraft für Projekte einsetzen, die unser Land voranbringen – **mit vernünftigen Investitionen in eine sichere Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder**.

Im Burgenland gilt nicht „koste es, was es wolle“, sondern: „koste es, was nötig ist“ – **mit Verantwortung und Bedacht**. Mit dem Landesvoranschlag haben wir ein **Stabilitätspaket** vorgestellt, das den **Finanzfahrplan für die nächsten Jahre** fixiert. **Wir investieren weiterhin dort, wo es notwendig ist und sparen dort, so es möglich ist – ohne die Menschen zu belasten**.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr.

Ihr



Hans Peter Doskozil
Landeshauptmann